

Süddeutsche Volksbote

Organ für die Interessen der wertvollen Bevölkerung

Der „Süddeutsche Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer am Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu bezahlen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Aussträger monatlich 4.50 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Telefon Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die Nebengeholtene Zeitung oder deren Raum 180 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungszeitungen 150 Pf., Reklame 500 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 38.

Dienstag, den 15. Februar 1921.

28. Jahrgang.

National-Sozialdemokraten.

Durch die Pariser Beschlüsse herbeigeführt, brandet eine starke nationalistische Flutwelle über Deutschland, die unserm Volke gefährlich werden kann. Da scheint es angebracht, zwischen den Begriffen national und nationalistisch einen scharfen Trennungsrück zu ziehen. Ich habe mich oft darüber gewundert, wie man Volksgenossen, die sich zum Sozialismus befreunden, kurz und bündig das Nationalempfinden absprechen kann. Nationalgefühl ist für mich das Solidaritätsgefühl des Volkes, dem man nach Blut, Sitten und Sprache angehört. Es ist so naturgegeben, wie etwa die Liebe zwischen Eltern und Kindern oder doch zwischen Geschwistern, und jeglicher Mangel dieses Empfindens ist eine Ausnahmeherrschaft, wie etwa der Rabenvater oder der Studermärder, deren Ausnahmeharakter schließlich auch nur des Ergebnisses gewisser Reizzustände darstellt. Auch die Liebe zur Heimat, wenn sie einigermaßen Lebensmöglichkeiten bot, ist doch selbstverständlich.

Ist also das Nationalempfinden naturgegeben, so ist es kein Verdienst, kaum eine Tugend, und derjenige, der es als notwendig erachtet, es bei sich immer zu betonen, setzt sich dem berechtigten Verdachte aus, daß bei ihm etwas nicht ganz stimmt.

Beispiel: Die Landwirte nennen ihre politisch-wirtschaftliche Interessentretung hochtrabend: „Deutsch-nationale Volkspartei“. Wie groß in der Praxis ihr Solidaritätsgefühl gegenüber ihren darbenden Volksgenossen — seien es Arbeiter oder Professoren — ist, erleben wir alle Tage. Tatsächlich verhält es sich mit dem Nationalismus im Sinne der Deutschen Volkspartei, für den tonangebend der national-liberale Wirtschaftsgeiste der Großindustrie und der Hochfinanz ist. Auch der reinere Liberalismus der Deutsch-Demokraten hält es für notwendig, sich zum mindesten das ausgezeichnete Prädikat „Deutsch“ beizulegen, denn der Individualismus, d. h. die Betonung des Reichs und Freiheit des einzelnen, welcher der Leitgedanke seiner Weltanschauung ist, steht der Solidarität, d. h. dem Einstehen aller für einander, grundätzlich entgegen.

Es ist zur Betätigung des oben ausgesprochenen Vertrages, darauf zu achten, wie die Stärke der Betonung des Nationalen zunimmt in dem Maße, als ein verteidigtes eigenständiges Nebeninteresse mehr oder minder stark vorliegt. So hängt die deutsche Industrie viel mehr mit dem Wohl und Wehe des Volkes zusammen, das Verständnis ihrer Leiter für die Interessen der wertvollen Bevölkerung, des Hauptbestandteiles des Volkes, ist etwas besser, als das bei der „deutschnationalen“ Landwirtschaft der Fall ist, die immerhin beim völligen Zusammenbruch des Volkes noch in der Lage ist, zu bestehen.

Wie steht es denn beim Sozialismus? Der Sozialismus beruht auf dem Gesellschaftsprinzip, das heißt auf der Annahme, daß das Gedeihen des Volkes auf dem harmonischen Zusammenwirken aller Volksgenossen und Wirtschaftsinteressen zu einem Ganzen beruht. Nicht wie beim Liberalismus, der das Volk nur als eine brodelnde Masse von Einzelwesen mit widerstreitenden Sonderinteressen angesehen wissen will, oder bei der konservativen Weltanschauung, die dem Menschen und dem Volke am liebsten jede Entwicklung und jeden Fortschritt vorerhalten möchte. Das würde gleichbedeutend sein mit Versäumung.

Der Sozialismus bedeutet also Solidarität aller Volksgenossen, das Zurückstellen des Einzelinteresses hinter dem Wohl des ganzen Volkes. Kann es eine bessere Grundlage, überhaupt eine andere geben für wirklich echten Nationalismus, für Patriotismus oder wie man sonst dieses Empfinden nennen mag: Ist damit nicht selbstverständlich verbunden, daß man sein eigenes Volk schon um seiner selbst willen hochachtet und wünscht, daß es in der Reihe der Völker mit an erster Stelle stehe! Darum ist der wahre Sozialist national im besten Sinne des Wortes. Der echte Sozialist will nicht über der Masse seiner Volksgenossen stehen. Er will mit seinem ganzen Volke gehorchen werden und brüderlich mit ihm alle Gaben teilen, die Natur und Kultur der Menschheit bieten. Er ist auch bestellt, alle Not gemeinsam mit allen zu tragen, im gemeinsamen Kampfe sie zu überwinden oder mit zu unterliegen. Es wurde oben gefragt, daß auch der Sozialist sein Volk mit erster Stelle in der Reihe der Völker zu sehen wünscht. Das bedeutet nicht, daß er den anderen ihren Platz freitun will. Die Erde ist glücklicherweise nach jeder Richtung hin rund. Anfang und Ende treffen sich immer wieder. Es gibt keine Spalten und vorläufig ist für alle noch Platz. Hier unterscheidet sich der abgelaufte Nationalismus, der aus der Selbstverständlichkeit leidet Vorzug macht, von dem aus äußerer Klang und Drang gerichteten Nationalismus unserer Gegner. Ihr Patriotismus hängt angen, wird mit höhnenden Worten auf den Jungen gerichtet. Wie unverkennbar im Volke aussieht, dann fragen sie wenig, sie wollen eine glänzende Spalte (Monarchie), die über die Spalten anderer Völker hervorragt, deren Angst die eigene weite Person bestreift. Sie reden starke Worte von nationaler Jugend und Würde, wissen es aber nicht weiter, wenn ein anderer Volk die gleichen Eigenschaften für sich in Anspruch nimmt. Während der Krieg

für den Sozialdemokraten ein unglückliches Geschick ist, das man mit allen Mitteln von sich abwehren oder, geht es nicht anders, schnellstens beenden muß, ist für den andern der Krieg die Möglichkeit, nationale Ehren und nebenbei möglichst viel Beute einzuholen. Hitler Ruhm gilt ihnen höher als das vergossene Blut, die zahllosen ungestillten Tränen von Kindern und Müttern. Und wehe, in Eghlück die Spekulation! Dann beschimpft und besudelt man noch das eigene Volk, das unter der Anstrengung zusammengebrochen ist.

Ist diese Art Nationalismus etwa eine Tugend?

Aber, so wirkt man der Sozialdemokratie vor: Ihr sei doch international! Richtig! Und wer wollte leugnen, daß die Errichtung großer Kulturreiche mit der Pflege der völkischen Eigenart durchaus nicht im Widerspruch steht? Man müßte gerade sagen, daß diese Erkenntnis und ihre praktische Betätigung nur zum Nutzen des eigenen Volkes sein kann und daher als nationell zu bezeichnen ist. Religionen, Weltanschauungen, Kulturgesellschaften, Wissenschaft, Technik, Wirtschaftsformen sind international, d. h. sie sind vielen oder allen Völkern gemeinsam und werden gemeinsam gepflegt. Warum dürfen dann die Sozialisten zur Förderung ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Ziele mit den Gesinnungsgenossen in anderen Ländern nicht in Führung treten?

Sozialdemokraten halten Eure Ideale fest, trotz aller Schmähungen Eurer Gegner! Ihr habt der Menschheit und des nationalen Volksstums besseren Teil erwählt. G. E.

An die Pazifisten der Welt!

Die Vorsitzenden der Deutschen Friedensgesellschaft haben ein Schreiben an das Internationale Friedensbureau zu Bern gerichtet, worin es heißt: „Gerade weil wir lange vor der Kriegsentcheidung den nach unserer Überzeugung dauernd die Beziehungen der Völker vergessenden Forderungen unserer Imperialisten und Militärischen entgegengetreten sind, sind wir heute berechtigt, angefichts der Pariser Beschlüsse zur Entwaffnungsfrage unsere Stimme zu erheben und uns insbesondere in die Pazifisten der Länder zu wenden, mit denen sich Deutschland im Kriege befunden hat.“ Der Widerspruch gegen die Pariser Beschlüsse wird in den Hauptpunkten begründet und daran schließt sich die Nutzanwendung: „Wir als Pazifisten wünschen den Völkerstrieden und stehen in den Pariser Beschlüssen nur eine Nährquelle für den Völkerfrieden. Bleiben sie unverändert, so muß die Wirkung für Deutschland die sein, daß immer wachsende Schichten des Volkes sich aus Verzweiflung entweder dem Nationalismus oder dem Bolschewismus in die Arme werfen oder einem alle Produktion lähmenden Fatalismus verfallen. Jede dieser drei Möglichkeiten ist für das übrige Europa nicht weniger schlimm als für Deutschland selbst.“

Das Schreiben läuft aus in einen Appell an die Pazifisten der übrigen Welt und in die Bitte an das Internationale Bureau, diese Kundgebung mit möglichster Beschleunigung zur Kenntnis der ihm angeschlossenen pazifistischen Organisationen zu bringen.

Die Krise zwischen München und Berlin

ist vorläufig beigelegt. Halsamlich wird aus Berlin der Zeigt der bayerischen Note angekündigt. Die Note gibt den Standpunkt der bayerischen Regierung in der Einwohnerwehr und Entwaffnungsfrage wieder, wonach die Einwohnerwehr für das bayerische Volk eine Lebensnotwendigkeit darstellt. Das Schreiben betont ferner, daß die bayerische Regierung den Beschluß der Reichsregierung, ohne die Londoner Verhandlungen abzumachen, an die Ausführung der Entwaffnung heranzutreten, für sehr verhängnisvoll erachtet. Wenn die Reichsregierung gleichwohl Maßnahmen zum Vollzuge der Entwaffnung trifft, so müßte die bayerische Regierung die Verantwortung für diese Maßnahmen der Reichsregierung übertragen!

Bon der Reichsregierung sind die entsprechenden Maßnahmen zur Durchführung der Entwaffnung der sogenannten Selbstschutzorganisationen bereits eingeleitet. Im Reichsministerium des Innern werden die gesetzgeberischen Maßnahmen vorbereitet, die die formellen Unterlagen schaffen sollen zur Auflösung dieser Selbstschutzorganisationen.

Die bayerische Seele wird sich erst entfalten, wenn der Entwaffnungskommissar seine Arbeit in Bayern beginnt. Eine Zeitschrift an den „Vorwärts“ aus München weiß ausdrücklich darauf hin, daß sich die Schwierigkeiten bei der Entwaffnung ergeben werden, und gibt hierfür Gründe an, die der gesamten Arbeiterschaft Anlaß sein müssen, auf dem Punkt zu sein, um den reaktionären Reichsregierung in Bayern das Handwerk zu legen. In der Zuschrift heißt es unter anderem:

„Schon machen sich Anzeichen eines gegen das Nachgeben der Regierung gerichteten Unzufriedenheit der antisemitisch-deutsch-nationalen Realisten bemerkbar. In München, der Sammelstelle alles politischen Unrates, wimmelt es von totendranglichen Abenteuerern und arbeitslosen Offizieren, und bald für den Erhaltung dieser Gesellschaft ist im Überzeugung zu tun, daß dieser nicht mehr lange gebraucht werden kann, bis Deutschland den Alliierten einen Teil seiner Flotte und Seemacht abzugeben, der 20 v. 31 nicht überzeugen darf. Es ist bekannt, daß die deutsche Flotte 6 Milliarden

Ist die Arbeiterschaft auf dem Prüfen, dann wird sich erweisen, daß auch dieser Plan nur leeres Hirngespinst bleiben muß. Durch den Druck der bayerischen Genossen fiel Herr Kahr um, durch den Druck des gesamten deutschen Proletariats muß die Entwaffnungsaktion in Bayern zum Segen des deutschen Volkes durchgeführt werden.

Dem würdigen Verhalten der nordbayrischen Genossen gegen Kahr hat sich die pfälzische Sozialdemokratie angeschlossen. In Neustadt fand am Sonntag eine Vertreterkonferenz statt, in der Genosse Hoffmann-Kaiserslautern referierte. Es wurde eine Entschließung angenommen, die das Verhalten der Landtagsfraktion billigte und die zum Schluß folgendes Treuebekenntnis zum Reich zum Ausdruck bringt:

„Mit Bayern für das Reich: Jawohl! Mit Bayern gegen das Reich: Niemals!“

Der Reichsentwaffnungskommissar Peters wird im Laufe der Woche in München eintreffen, um mit dem dortigen Landeskommis- sariat für die Entwaffnung Besprechungen über die Durchführung der Entwaffnung abzuhalten.

Das Echo von Simons Rede.

Gegen die Rede des Reichsministers Dr. Simons führt der „Tempo“ großes Geschütz auf. Er nennt sie vor allem eine zweite Weigerung. Nachdem Dr. Simons im Reichstag gesagt habe, das Abkommen von Paris könne die Grundlage für Verhandlungen nicht bilden, habe er aufs neue diese Weigerung bestätigt und erklärt, die deutsche Regierung gehe zur Konferenz nach London, weil sonst die Verbündeten sofort zu Zwangsmäßregeln gezwungen wären. Die Stuttgarter Rede habe allen denen Recht gegeben, die gleich ihm die Notwendigkeit des sofortigen Handelns erkannt hätten. Was Dr. Simons von den Gegenvorschlägen gesagt habe, nennt das Blatt sehr vage und legt den größten Wert darauf, daß Reichsminister Dr. Simons den Vertrag von Versailles verworfen habe. Wenn Ministerpräsident Briand den Vertrag für nicht lebensfähig erachtet habe, worauf sich Dr. Simons beziehe, dann habe er doch nur sagen wollen, daß der Vertrag es Frankreich bis jetzt nicht gestattet habe, zu deutschen Zahlungen zu gelangen. Im übrigen wird in der Pariser Presse darauf hingewiesen, daß das Kabinett Briand nur „ein Kabinett auf Probe“ sei und daß dieses Kabinett erledigt ist, sobald Briand in London irgendwelche Nachgiebigkeit zeigen sollte. Auch in England scheint man weiterhin auf die Pariser Beschlüsse zu warten. Eine Reuter-Erläuterung läßt sich dementsprechend aus und schreibt: „Mögliche englische Kreise sind der Ansicht, daß das beste Mittel die Vorlage konkreter Vorschläge ist, die die Art und Weise betreffen, in der Deutschland den Forderungen der Alliierten entsprechen will. Dabei wird Zeit gewonnen, denn jeder Versuch seitens der Deutschen, das Pariser Abkommen zu zerstören, wäre vor vornherin ein Misserfolg.“ Daß die deutschen Vorschläge keine Ausführungsbestimmungen zu den Pariser Beschlüssen sein werden, sondern daß sie etwas gänzlich Neues für die Pariser Vorschläge bilden, sollte man in England aus den deutschen Pressestimmen und insbesondere auch aus der Reichstagsfüssung, in der Reichsaufzählerminister Dr. Simons eine Erklärung abz. erinnern haben. Sollte es wirklich die Absicht der Orienteregierungen sein, fest auf den Pariser Forderungen zu beharren, so wäre es besser, das schon heute mitzuteilen, damit man auch in Deutschland endlich weiß, woran man ist.

Staatssekretär Bergmann wieder in Paris.

Staatssekretär Bergmann ist am Sonntag wieder in Paris eingetroffen. Man erläutert, daß er eine Note der deutschen Regierung an die französische Regierung in der Reparationsfrage überbringt. Nach dem „Journal“ sollen zwei Lösungen vorgelegt werden. Die erste bildet eine Erweiterung des Programms Sedouy, die zweite das Projekt einer internationalen Anleihe. Diese Anleihe soll Deutschland von den Vereinigten Staaten, einigen neutralen Ländern und England gegeben werden. Ein Teil des Beitrages soll dazu verwendet werden, Frankreich legt einen nachholenden Teil der Kriegsschuld zu bezahlen, während der Rest es der deutschen Industrie ermöglichen wird, Rohstoffe anzuschaffen. Als Sicherung für Kapital und Zinsen würde Deutschland einen Teil seiner Bergwerke und Eisenbahnen, vielleicht auch seiner Zolleinnahmen verpfänden. Dagegen würden Konzessionen beansprucht werden, die sich auf die früheren Kolonien, den Bestand der Handelsflotte und das Resultat der Abstimmung in Oberösterreich beziehen.

„Tempo“ erläutert, daß die französische Regierung den deutschen Wunsch hat, jede Verzögerung der Londoner Konferenz zu vermeiden, die am 21. Februar beginnen und zuerst die Orientfrage behandeln soll. Die italienischen Vertreter der Konferenz von London werden Ende des Monats in London erwartet. Alle Außenlasten werden von der Regierung getragen. Es sind schon Verfugungen getroffen worden zu ihrer Unterbringung in den großen Hotels.

Um das deutsche Flusschiffmaterial.

Die Wiederaufbaukommission veröffentlicht eine amtliche Erklärung über das deutsche Flusschiffmaterial, wonach es heißt: Um die Schiffe, die durch Reparationen in natura nicht erstanden werden können, auszutauschen, hat Deutschland den Alliierten einen Teil seiner Flotte abzugeben, der 20 v. 31 nicht überzeugen darf. Es ist bekannt, daß die deutsche Flotte 6 Milliarden

woll das Betriebsrätegesetz ein Kompromissprodukt darstellt, das unter allen Umständen verbessert werden muss, darüber sind wir uns alle einig. Daraus deutet aber auch bei den Neuwahlen Schon bei der Aufstellung der Listen muss darauf bedacht genommen werden, dass nur solche Kollegen und Kolleginnen aufgestellt werden, die nicht bei der ersten besten Gelegenheit versagen und die Klinke ins Korn werfen, sondern die sich durchauskennt verstehen. Es muss auch darauf Bedacht genommen werden, dass nicht solche Kollegen und Kolleginnen auf die Liste gestellt werden, die sich wohl in den Versammlungen durch gewandtes Auftreten und Redegewandtheit nur bemerkbar machen, sondern, die auch unter allen Umständen eine Gewähr dafür bieten, dass sie die wirtschaftlichen Bedingungen unserer Zeit zu erkennen fähig sind, zum mindestens aber den guten Willen zeigen, sich in das Studium der Wirtschaft zu vertiefen. Kollegen und Kolleginnen! In den kommenden Monaten werden den B. R. neue Aufgaben erwachsen. Sie werden die Bezirksarbeiterräte und der Reichsarbeiterrat, ebenso der Bezirkswirtschaftsrat und Reichswirtschaftsrat gewählt werden. Die kommende Eglitzungsordnung erfordert ganze Personen und ganze Arbeit von den B. R., um die Arbeiter vor Schäden zu bewahren. Kein kleinliches Jagen vor all den großen Aufgaben darf uns erschrecken. Mit frischem Mut zu neuen Taten. Noch nie hat die Arbeiterschaft gezeigt, dass sie nicht den Mut hätte auch an die schwersten Aufgaben heranzugehen, auch unsere Zeit mit ihrenforderungen soll ein würdiges Arbeitergeschlecht finden. Darum an die Arbeit zu neuem Schaffen. Zeigen wir, dass wir gewillt sind, beim Wiederaufbau der Wirtschaft entscheidend mitzuwirken, zeigen wir, dass wir nicht mehr nur Objekt, sondern Subjekt im Produktionsprozess sein wollen.

Die Betriebsrätezentrale.

Achtung, Vollzugsrat! Donnerstag eine Stunde vor Beginn der Generalversammlung Sitzung im Sekretariat.

Orgesch und Verwandtes.

Es war vorauszusehen, dass unsere Feststellungen über das gescheiterte Treffen der Reaktion den „Lübeckischen Anzeigen“ auf die Nerven fielen. Deshalb winden sie sich wie eine aufgeregte Schlange und verluchen, wie sie es immer getan haben, alles als harmlos hinzustellen. Damit werden die deutsch-nationalen Herostatuten aber kein Glück haben, denn es ist doch nicht das erste Mal, dass die sozialistische Presse in der Lage ist, unter die Maulwurshügel der „Ordnungsvereine“ zu leuchten. Solche „Ausfälle“ passen den Duntelmännern allerdings nicht, und man glaubt sie als „Gewöhnlichkeit“ abtun zu können. Damit haben die „Lüb Anz.“ wohl Glück bei ihren Gegenungsgenossen, mit aber bei der einsichtigen Bevölkerung, die mit jedem Tag deutlicher sieht, wohin die Reise der Monarchisten geht. Bezeichnend ist es übrigens, dass die „Lüb. Anz.“ die Art der Abschaffung des „Aufsatzes“ bedauern, der dem Radikalismus Gelegenheit zum Eingreifen gibt. Mit dem Strafrichter sind die „Lübeckischen Anzeigen“ ja gleich bei der Hand, wenn es gilt, den Vollschotterdauffeuren eins auszuwischen. So erleidet man am besten den politischen Meinungskampf. Im übrigen lassen uns die Betreuerungen, dass die Orgesch und alle sonstigen Organisationen zur Bekämpfung der Republik und Demokraten friedliche, verfassungstreue Leute seien, völlig lästig. Was wir von der Verfassungstreue der Rückfrärtler zu halten haben, wissen wir zu Genüge und das hat der Schuhfelder der „L. A.“ Dr. Heinz, erst am Sonntag in Magdeburg wieder gesagt. Wenn die „L. A.“ glauben, dass selbst Sozialdemokraten Mitglieder der Orgesch seien, dann sind sie gewaltig auf dem Holzweg oder schwindeln hierbei genau so wie mit der vor einigen Tagen gebrachten Notiz aus Steinau, worin behauptet wurde, ein sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer habe in einer öffentlichen Versammlung den „Dolchstoß von hinten“ zugegeben. Schon jetzt nimmt es sich auch aus, wenn das Amtsblatt die Berechtigung der Orgeschorganisationen davon ableitet, dass sie geschaffen seien, um Vorgänge wie im März zu verhindern. Freilich wird nicht auf den Radikalismus verwiesen, sondern auf kommunistische Gewerkschaften. In den Augen gewisser Leute sind ja alle Streiks kommunistisch und bilden nur den Vorwand zu den Machenschaften reaktionärer Kreise. Es wäre schon besser, die „Lüb. Anz.“ würden sich um die Vorgänge in den konservativen Kreisen mehr kümmern, dann würden sie gewahr werden, wo der Hund begraben liegt, der der Republik an den Kragen will. Bayern und Berlin, wo man immer mehr Waffen für Erhaltung des Ordnungsfusses herzholt, geben genug Gelegenheit. Aber daran geht man nicht, denn es ist Fleisch vom eigenen Fleisch. Heute unterstellen wir den Herren, wir werden uns nicht darin stören lassen, dem Volk zu zeigen, wo seine Verbrecher führen.

Eine Versammlung des Bürgerausschusses findet am Mittwoch, nachmittags 3.45 Uhr im Roten Saale des Rathauses statt. Haben die Beamten das Streitrecht? Zu der Frage, ob die Drohung mit dem Beamtenstreit strafbar ist, hat das Reichsgericht in einer kürzlich veröffentlichten Entscheidung Stellung genommen und folgendes ausgeführt: Nach § 114 des Strafgesetzbuches wird mit Gefangenstrafe unter 3 Monaten bestraft, wer es unternimmt, durch Gemahlt oder Drohung eine Bedrohung über einen Beamten zur Vornahme oder Unterlassung von Amtshandlungen zur Vornahme oder Unterlassung von Amtshandlungen zu nötigen. Der Begriff der Drohung im Sinne dieser Bestimmung erfordert nicht notwendig, dass dem Bedrohten als Nebel noch rein persönliche Nachteile für ihn in Aussicht gestellt werden, vielmehr können auch solche Nachteile in Betracht, die das Volk und die Sicherheit der Allgemeinheit treffen würden, und zwar jedenfalls dann, wenn die Wahrung der in der Drohung berührten allgemeinen Interessen dem bedrohten Beamten obliegt, wenn die Erfüllung der Interessen irgendwie eine benachteiligende Wirkung innerhalb des Arbeitskreises des Beamten zu äußern vermöge. — Diese Voraussetzung hat das Reichsgericht in einem Fall als erfüllt angesehen, in dem die Hilfsbediensteten einer Stadt vom Bürgermeister die Vornahme bestimmter Amtshandlungen mit der Androhung verlangten, dassfalls nämlich in den Streit zu treten. Dabei hat man zugunsten der Beamten angenommen, dass sie der Meinung waren, ein Recht zum Streit zu besitzen, und dass sie sich der Rechtswidrigkeit ihres Verhaltens nicht bewusst gewesen sind. Dies konnte jedoch an der Verurteilung nichts ändern, da § 114 des Strafgesetzbuches nicht die Drohung mit einer widerrechtlichen oder gar strafbaren Handlung verboten, sondern die freie Willensentschließung der Behörden und Beamten gegen Erzwingung jeglichen Inhalts sichern will. Zur Streitbarkeit gerügt es dann, dass die Angeklagten mit dem Beweisheft gehoben haben, dass die Durchsetzung der Streits geplant war, die Willensentschließung des Bürgermeisters zu beeinflussen, und dass sie die Erfüllung dieser Furcht und damit einen Zwang auf seine Entschließungen bewusst haben. — So verstand man, ähnlich wie in früheren Jahren das Streitvorstechen, nunmehr das Streitrecht der Beamten durch Gesetzespräraphen illustriert zu machen.

Offener Brief. An die Arbeitgeber der Schuhmacherhandlung (Fangsinnung) zu Lübeck richtet der Zentralvorstand der Schuhmacher, Jahrestelle Lübeck, folgenden offenen Brief: „Nach Lage der Sache nehmen wir an, dass in der Auslegung des Bezirksrates unter den Arbeitgebern des genannten Instituts noch immer Unzertretlichkeit besteht. Wir machen darauf aufmerksam, dass mit der Annahme des Bezirksrates in Ihnen am 31. Januar stattfindenden Versammlung ebenfalls die Unterzeichnung seitens des Vorstandes des Fangesinstitutes für Schleswig-Holstein und die Schleswig-Holsteiner auf Sie kommt mit dem 1. November der Bezirksrat in Kraft getreten. Wenn Sie den Meinung sind, dass der aktuelle Tarifvertrag vom 1. November 1920 bis 31. Oktober 1921 laufen, so befinden Sie sich im Irrtum. Nach § 14 Abs. 2 Satz 1 des Sonderabkommenes zum Tarifvertrag zwischen Unterzeichnung & mir erfolgt für den Fall, dass der Tarifvertrag nicht

zum Abfallen kommen sollte. Außerdem wurde die Kündigung auch von Ihrer Seite gewünscht. Laut Tarifvertrag hat die Einholung noch der 1. Ortsklasse und 2. Lohnklasse ab 1. Februar 1921 zu erfolgen. Wo dieses nicht geschehen ist, hat die Nachzahlung des zu wenig gezahlten Lohnes stattzufinden. Wir machen Sie darauf aufmerksam, dass die Nichtzahlung des tariflichen Lohnes, sobald der Tarifvertrag Rechtskraft erlangt hat, einlagenbar ist. Die Verziehung in eine andere Ortsklasse ist mit einer entsprechenden Begründung an die Bezirksstatikommission zu richten. Eine diesbezügliche Verjährung ist auf an die Tarifkommission überwiesen ergangen.“

Zentral-Verein der Schuhmacher Deutschlands, Jahrestelle Lübeck.

H. Seemann, Vorsteher.

Als Geschworene für die am 7. März beginnende Schwurgerichtsperiode wurden folgende Herren ausgewählt: Otto Bostom, Ober-Zollinspektor Schmidt, Husner Mand, Lagermeister Wöhrel, Professor Knappich, Arbeiter Bahr, Kaufmann Wagner, Budenbesitzer Möller, Maurer Kleinfeldt, Händler Büsser, Straßenbahnmutter Radtke, Orgelbauer Pempert, Schulinspektor Heid, Kaufmann Sauermann, Schneider Voßmann, Fischermüller Gielau, Kaufmann Deede, Landmann Peter Doose, Kaufmann Eiselen, Armentauschef Grafunder, Setzreiter Lange, Kaufmann Raths, Postdirektor Smolski, Satiler Schiffsland, Professor Elbers-Gutin, Bankdirektor Lehmann, Kaufmann Köhne, Kaufmann Wedekhoff, Schriftschiefer Heise, Bienenzüchter Pätzau.

Stadttheater. Dienstag: Wiederholung von „Aida“. Mittwoch: „Don Carlos“. Donnerstag: „Hugenotten“. Freitag: Erstaufführung von „Rigoletto“. — In den Kammerspielen am Dienstag und Donnerstag „Anton“ zum letzten Male. Freitagabend: Erstaufführung von „Flamme“ von Hans Müller, das in Hamburg Premiere feierte.

nich. Stadthallen-Dramen. Der diesjährige Spielplan bringt einen außergewöhnlichen Film auf die Leinwand: Anna Bolena. Das Drama Ordnings und Krälys zeichnet das unheilvolle Werk König Heinrichs des Ältesten von England. Um seine Leidenschaften an den Fuß festzuhalten, verlässt der Müssling seine Tochter Bolena austoben zu können, verstößt der König seine Gemahlin und zumindest der Anna Bolena die Königstrone auf, bis er auch ihrer überdrüssig wird und sie auf dem Schafott enden lässt. Die Titelrolle spielt Hanna Voitner. Neben dem gewaltigen Menschenbild hält der Film geradezu romaneske Menschenbildungen. Zwei dem Drama vorausgehende überaus reizende Luststücke, „Ein glücklicher Kind“ und „Der indische Nabob“, sorgten für fröhliche Stimmung.

Königsmorde im Gemeinschaftshaus. Endegebniß. Unheilvolles Urtheil aus dem Weitkreis fällt und gewinnt somit die Europameisterschaft. weiter wurde Olsans Steurs, dritte Röhrchen, vierter der Rieke Wierel, Günther Grunewald, sechster Schmitz. Einen Extraneis erhielt außerhalb der Konkurrenz Hansen-Eich, welcher in Leistungen dem vierten gleich war.

Wer gehören die Sachen? Wie bereits berichtet, gelang es vor einiger Zeit auf dem hiesigen Bahnhof eine Taschendiebin festzunehmen, der man eine ganze Reihe Diebstähle nachweisen konnte. Viele bei der Diebin gefundene Sachen konnten den hier Festgestellten zurückgeben werden. Ihre Eigentümer haben noch nicht gefunden: eine goldene schwedische Gliederarmbanduhr und ein Goldschmuck, bestehend aus feiner Platinfalte mit ebenholztem Kunden, mit kleinen Perlen und Diamanten besetzten Anhänger. Die rechtmäßigen Eigentümer werden erucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

Ob Ermittelt und festgenommen wurde eine in der Krähenwiese mahnende Reinmachfrau, die überführt und zum Teil verhängt ist, auf einer ihrer Arbeitstätigkeit eine große Menge Wäsche und Kleidungsstücke gestohlen und diese bei einem kleinen Trödler verkauft zu haben. Ein großer Teil des Diebesgutes konnte beiherhalten und hergestellt werden. — Festgenommen wurde ferner ein in der Altonaerstraße wohnhafter Koch wegen Verdachts nach § 184 des R. St. G. B. und ein in der Glandorstraße wohnhafter Tischler, der sich des Betriebes und der Zehnerecke in Schwartau und hier in mehreren Fällen häufig gemacht hat.

Angrenzende Gebiete.

Oberwuhle. Sonderbare Vorfälle haben sich, wie uns gefüllt sind, in der Gemeinde Oberwuhle abgespielt. Im Gemeinderat führen nur zwei Arbeiterräte. Die Bürgerlichen können somit überall ihren Willen durchsetzen. So hat man u. a. beschlossen, dass das von der Räteleitung geleistete Holz in einem einheitlichen Preis abzuladen werden soll. Der Mindestbelehrte will daher den gleichen Preis zahlen wie der Beauftragte. Der Geldbeutel der Rätelein, so wollen es die bürgerlichen Rätele, soll auf alle Fälle gleichwertig werden. Die Gemeindevorsteher will in der Weise die produktive Erwerbsleistungsfähigkeit einführen, dass vier Tage in der Woche je vier Stunden in der Landwirtschaft gearbeitet wird. Der Stundenlohn ist auf 3 Mf. festgesetzt, jedoch der Erwerbsleistung die Woche ganze 48 Mf. verdienten würde, denn irgendwelche Zusätze oder sonstige Unterstellung gibt es nicht. Möglicher ein böser Plan. Der Gemeinderäte will auch nur für ein Vierteljahr die Wettbewerbung der Arbeitseinsatzstellen vornehmen. Die Wettbewerbsspitze in der Gemeinde und die schlechte; eine Verbesserung ist dringend nötig. Wer das will, ja Geld und der Geldbeutel muss doch gespart werden. Bei den kommenden Gemeinderatswahlen müssen die Wähler also zur Wahl gehen, damit andere Verhältnisse geschaffen werden.

Witten. Los von Strelitz! In der letzten Stadtversammlung eroberte Bürgermeister Hegenfitter die Landesregierung den Vorwurf, dass sie der Räte und den Rätele arbeiten bringe. Die Stadtvertreter teilen diesen Vorwurf und nehmen eine Entschließung an, in der es zum Schluss heißt: „Doch bei einer solchen Behandlung des Rati-Los von Strelitz!“ immer stärker erscheint, in nicht vermeidlich, zumal das in dem Landeslandesrat dem Landkreis Rostock neuerliche Versprechen auf weitergehende Selbständigkeit, je länger je mehr, zu einer bloßen Pratze wird.“

Elßen. Überall in einem Eisenbahnzuge auf der Strecke Elßen-Hamburg versuchte ein gut gelernter Mann, der mit einem jungen Mädchen allein in einem Abteil lag, zu vergrößern. Das Mädchen meinte „Ich verzweifel und lebe um Hilfe, als es zu unterliegen drohte, als es die Wagenmeiste auf längst in voller Fahrt aus dem Zug. Kurz entdeckte vor dem Unfall nach, stützte und hielt sie fest; das zweite gebüllte Mädchen konnte fliehen. Außerdem die Wiedergabe von dem Unfall erlaubte, wurde die Strecke freiheitlich der Bevölkerung vorliegen zu lassen. Doch die Sicherheit war aber niegends zu finden und musste in Sicherheit gebracht werden.

Niels. Die Kieler Herbstwoche für Kunst und Wissenschaft wird in diesem Jahre in der Zeit vom 10. bis 13. September stattfinden. Sie soll Theateraufführungen und Konzerte in der Art der vorjährigen Herbstwoche bieten. Dazu sind Ausstellungen und sonstige Veranstaltungen in Aussicht genommen.

Bremen. Handelskampft gegen Strelitz. Die regelmäßigen Wollhändler Bremens haben folgenden Entschluss gefasst: Die Büchsleider des Bremer Wollhändlervereins erfordern, dass sie angehören, der bestreiten schmalen Gewerbeabteilung Deutschland durch Strelitz alle Geschäfte mit Wollwaren zu entziehen. Auf bürgerliche Unternehmen wird entsprechend geworben. — Zu der Sammlungshaus in Bremen und zu Budea in Bremen werden die Büchsleider, die der Gewerbeabteilung, die der Gewerbeabteilung und die Gewerbeabteilung der Büchsleider zusammen, das eben die Gewerbeabteilung des Bremischen Wohl-

geschlossen verließ, als die Militärs und Direktoren die Werte beizogen, um den Stapellauf zu vollziehen. Unglaublichweise hat man sogar Reichswehr aufmarschieren lassen. WLB meldet: „Vor der Aufsichtsliste des Bahnhoes hatte eine Ehrenkompanie der Bremer Garnison Aufstellung genommen, deren Front der Generalheldenmarsch abzog. Die Kompanie defilierte darauf im Parademarsch an ihm vorbei. Das ist ein unglaublicher Unfall!“

Oldenburg. Zum Entwurf der neuen Gemeindeordnung sind drau und dran, das oldenburgische Volk mit einer Familie ohngefähr zu begleiten. Seit Wochen wird nämlich im Verwaltungsausschuss der Entwurf der neuen Gemeindeordnung beraten mit dem Resultat, dass — alles beim alten bleibt soll! Die bisherigen nach alter Bürokratieart streng vertraulich geflossenen Ausschusssitzungen haben Erfolg gezeitigt, aus denen man eigentlich schließen möchte, die Ausübungsmehrheit bei sich ihres Tuns gar nicht bewusst. Nach den letzten Beschlüssen sind geradezu alle Verbesserungen, die die Regierung in dem Entwurf hineingebracht, gefallen. Der vorgelegene Volksentscheid ist abgelehnt, die Wahlmöglichkeit ist abgelehnt, das Wahlrecht ist auf eine einjährige Wählzeitigkeit gebunden. Wenn also jemand innerhalb Oldenburgs von einer Gemeinde in die andere verzieht, so ist er im ersten Jahre seiner Ansiedlung in dem neuen Ort überhaupt nicht wahlberechtigt. Weder kommt er als Kandidat noch als Wähler in Frage! Dieser Zustand nutzt uns gerade unerhört an. Weiter: Der Gesetzentwurf sah vor, dass die Gemeindenvorsteher und unbefoldeten Magistratsmitglieder alle drei Jahre neu gewählt werden sollten. Was ohne Zweifel einen Fortschritt darstellt. Die reaktionäre Bauern- und Viehherrenheit des Landtagsausschusses hat statt der dreijährigen Periode eine achtjährige festgesetzt! Ferner soll das üble Bestreitbare nicht mehr der Gemeindenvorsteher und Bürgermeister durch die Räteleitung bestehen bleiben. Und das will man heute im Zeitalter der Demokratie in ein Gesetz bringen! Soll nach diesen reaktionären Brüdern noch bewirkt werden, dass der Ausflug nach die direkte Wahl des Gemeindenvorsteher abgelehnt hat? Was ebenfalls Tatsache ist! So die Sachlage. Wie sowieso ist die Verkürzung des durchaus noch nicht modernen Verhältnissen besonders angepassten Gesetzentwurles im Ausschuss bereits gediehen. Die erdingen Verbesserungen, die die Regierung zugestand, will der Landtag, oder besser: dessen reaktionäre Mehrheit ohne weiteres streichen. Angesichts eines derartigen volksfeindlichen Treibens gilt es, nur aber doch zu reden. Glaubt etwa die bürgerliche Mehrheit, das oldenburgische Volk braucht keine Beratungen mit schwerem Gelde, um schließlich zu dem Ergebnis zu kommen, doch trotz aller möglichen Verhandlungen alles beim alten bleibt? Schant sich diese Sirene, die anfangs der Räteleitung gefährlich dummstotzt vor einer Einheitsfront steht, nicht, wenn sie im selben Augenblick merkt, um der Arbeiterschaft (die wird in erster Linie ertrittet) um ihre demokratischen Grundrechte zu betören! Nie und nimmer wird das arbeitende Volk, wird die Sozialdemokratie zu einer, die in früherer Zeit im Landtag eine reaktionäre, von Rasse- und Geschlecht getragene Geistesmacht einsetzt. Das rütteln sich alle die es legt sein lassen, die im Landtag ein- und aussetzen und besonders die, denen an der gegenwärtigen Regierungslösung etwas liegt!

Bremen. Aufklärung der Stadtmeier. Nach einer Bremer Meldung hat der Reichsminister für die Entwicklung angeordnet, dass der in Bremen noch verbliebene Rest der Stadtmeier bis zum 1. März aufgelöst und die Bassen abgesiedelt werden. Der Senat hält die Verordnung zu und veranlasst die Aufklärung der einfallsreichen Städtebeamten zu diesem Zeitpunkt.

Helgoland. Die Gemeindewahlen in Helgoland am 13. Februar ergaben 6 Nationalsozialisten, 2 Sozialisten und 1 Deutschnationalen als gewählt. Die Wahlbeteiligung betrug 90 v. H.

Neueste Nachrichten.

Neue Ausweisungen Deutscher aus Oberösterreich.

U. Rattowitz, 15. Februar. Im Laufe des gestrigen Tages erhielten Vorstehergerat v. Fassle vom Rattowitzer Postamtssädium, Postleiter Seerle, Kriminalbeamter Meissner und ein Polizist die Ausweisungsbefehl. Alle genannten Personen müssen bis heute abend das oberösterreichische Wohnungsgebiet verlassen haben.

Große Wiedereinführung.

U. Berlin, 15. Februar. Wiedereinführung im Wert von vielen Millionen Mark, die noch während der Zwangswirtschaft verfügt wurden, hat vom Landespolizeiamt angeordnet werden. Die Wiedereinführung ist eine große Menge Wäsche und Kleidungsstücke gestohlen und diese bei einem kleinen Trödler verkauft zu haben. Ein großer Teil des Diebesgutes konnte beiherhalten und hergestellt werden. — Festgenommen wurde ferner ein in der Altonaerstraße wohnhafter Koch wegen Verdachts nach § 184 des R. St. G. B. und ein in der Glandorstraße wohnhafter Tischler, der sich des Betriebes und der Zehnerecke in Schwartau und hier in mehreren Fällen häufig gemacht hat.

Dr. Küller über Sozialdemokratie und Rechtsparteien. U. Rendsburg, 15. Februar. Der frühere Reichsminister des Innern und Staatskommissar für Schleswig-Holstein, Dr. Küller, sprach in einer hier gehaltenen Wahlrede über die Haltung der Sozialdemokratie in der Regierungssage. Das deutsche Volk, das im Januar vorangegangenen Jahres hunderttausende Stimmen den Rechtsparteien gegeben habe, habe nun auch praktisch auszuprobiert, wohin eine rechtgerichtete Politik führe, wenn die Postamt Wege einschlage, die für das Ganze verderbt seien. Dann habe die Sozialdemokratie nach jedem Tag Gelegenheit, diese Regierung an die Gurgel zu springen. Bis dahin müsse die Regierung zeigen, was sie kann. Was nach den Wahlen am 20. Februar kommen wird, sei eine gleiche Regierungskoalition in Bremer und in Bremen. Der gegenwärtige Reichstag macht Küller der Vorwurf, dass sie, namentlich unter dem Einfluss der bürgerlichen Volkspartei, in der Entwicklungfrage zu nachgiebig gegeben sei.

Deutscher Wahlsieg in Oberschlesien.

U. Kreisburg, 15. Februar. Hier landen seither Städteverordneten-Neuwahlen statt, für die die Polen die deutlich größeren Auswirkungen gemacht hatten. Der Wahlausgang endete mit einem großen Wahlsieg für die deutsche Bevölkerung, die nur eine einzige Siedlung ergründet hatte. Bis die deutsche Siedlung entfielen 5200 Stimmen, während die Polen nur 260 Stimmen erzielten. Von den 30 Städteverordnetenmandaten galt nur ein einziges den Polen zu.

Eine argentinische Unruhe in Deutschland.

U. Buenos Aires, 15. Februar. Nachdem die Parteihandlungen über eine Unruhe mit den Vereinigten Staaten, welche die argentinische Republik eingeleitet hatte, kein beträchtliches Ergebnis gezeigt hat, hat die argentinische Regierung Verhandlungen mit dem Delegierten des deutschen Reichsverbandes Werdberg wegen einer Unruhe über 25 Millionen eingeleitet.

Betrüeblich für den politischen und allgemeinen Zell: Hermann Bauer. Für die Räte: August Schulte. Für die Zentral-Komitee Lübeck: August Schulte. Für die Zentral-Komitee Bremen: Heinrich Stauder. Berlin: Heinrich Stauder. Saarland in Lübeck.

Karl Heidmann; daß er damit einen nachhaltigen Eindruck erzielt hätte, wage ich nicht zu behaupten. Auch die übrigen Mitspieler wußten sich nicht so zur Geltung zu bringen, daß sie irgendwie aus dem Rahmen herausgetreten und besonders aufzufallen wären. Das gut besetzte Haus ließ es an starkem Beifall für die Hauptträger der Handlung nicht fehlen.

Das 14. Vollstümliche Konzert erhielt dadurch sein Gepräge, daß es das Fagott als Soloinstrument brachte. Das Fagott gehört zu den Holzblasinstrumenten. Es ist aus dem alten Romantik entstanden, und zwar durch Kündigung und Zusammenlegung (daher auch der Name, Fagotto=Blindel) des Rohres. Der Bläser bestimmt den Ausdruck des Tones durch ein doppeltes Rohrblatt, das mit dem Holzkörper durch eine gekrümmte messingene Röhre (das S) in Verbindung steht. Das Fagott dient im wesentlichen dazu, dem Orchesterlang Farbe hinzuführen. Als Soloinstrument kommt es nur sehr wenig in Frage. Das Orchester trug Jacob's Konzert für Fagott vor. Herr Otto Stewien, der das Instrument im Orchester des Vereins der Musikfreunde spielt, erwies sich als ein Meister in seinem Fach. Der eigenartige Klang des Fagotts bringt es mit sich, daß die Zahl seiner Verchretungen nicht gerade groß ist. Ein deutender Hörerbaum lohnte den Solisten für seine Mühe. Eingeleitet wurde das Konzert durch Webers törichte Ouvertüre zu "Turandot". Den ganzen zweiten Teil des Programms

füllte Anton Dorak's Sinfonie Nr. 3 in überaus. Dorak, der Tscheche, warzelt so sehr im Volkstum seiner Heimat, daß seine Musik durch und durch national ist. Ihr rhythmischer Schwung wirkt feurig, begeisternd. Gelegentlich im Scherzo ist Dorak um einen derben Bauerntanz nicht verlegen. Die Sinfonie fand starken Beifall. Im ersten Teile leistete sich das Orchester noch eine Zugabe. Es spielte Robert Wolfmanns Serenade Nr. III für Streichorchester, eine freundliche musikalische Dichtung. Das Cello solo darin spielte in bewährter Weise Herr Emil Görra ab.

Schiffssverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer Segler Schiffsnamen Kapitän Herkunftsstadt Fahrtzeit Lage Std.

D.

Angekommen am 14. Februar.
Koriolis Bergström Varburg 1½

D.

Angekommen am 15. Februar.
Nordiden Petersson Flensburg 1

D.

Urania Zymann Stockholm 3

Handel und Industrie.

Devisen-Kurse.

Hamburg, 14. Februar. Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.

	14. Februar	12. Febr.
Holland	100 fl.	1980 2007½
Kopenhagen	100 Kr.	1062½ 1097½
Stockholm	100 Kr.	1297½ 1812½
Kristiania	100 Kr.	1027½ 1062½
Helsingfors	100 finn. Mk.	200 205
Schweiz	100 Frs.	942½ 961½
Wien (alt)	100 K.	14½ 14½
do. (neu)	100 K.	11½ 77
Budapest	100 K.	75½ 77
Prag	100 K.	825 847½
Spanien	100 Pesetas	224½ 227½
London	1 £	428 428
Paris	100 Frs.	444 449
Belgien	100 Frs.	220 223½
Italien	100 Lire	—
Bukarest	100 Lei	57½ 58½
N. York telegr. Ausz. 1 Doll.	—	—
do. briefl. Ausz. od. Scheck	57½	58½

Achtung!

Deutscher Bauarbeiter-Verbd.

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, dem 16. Februar
abends 7½ Uhr,

Im Gewerkschaftshaus,

Z a g e s o r d n u n g :

1. Die Bedeutung der Arbeiterpresse.
- Referent: Gen. Steinberg.
2. Bericht von der Generalversammlung.
3. Verschiedenes.

Ruhreiches Ereignis erwartet.

(18725)

Die Zahlstellenverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verbd.

Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, dem 16. Februar
abends 7 Uhr,

im Lokale von Friedr. Lander,
Hundestraße 41.

Z a g e s o r d n u n g :

1. Schlussbericht von unserer Parteibewegung.
2. Stellungnahme zum Verbändetod und Aufstellung von Kandidaten.
3. Verschiedenes.

13711) Die Ortsverwaltung.

General-Versammlung

des (18721)
Blindenvereins

für Lübeck u. Umgeg.
Königstr. 19

am Mittwoch, dem 16. Februar
abends 7½ Uhr.
Fördernde Mitglieder sind
herzlich eingeladen.

13706) Margarethenstraße 11.

Zugänger zu verkaufen
an der Mauer 118. (18717)

Stummensieher zu kaufen
geacht. Angeb. m. Preis u.
D.F.a.d. Gep. d. St. (18722)

D. Warenkonto 13. Verm.
13706) Lindenstraße 72, I.

Charleville.
1914/18.

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, 16. Febr.,

abends 8½ Uhr,
im „Innerstaatsheim“
an der Mauer.

Z a g e s o r d n u n g :

1. Neuwahl des 1. Vorstandes.
2. Jahres- u. Rassenbericht.
3. Regelung des Beitrages
für die Wohlfahrtseinrichungen.
4. Verschiedenes.

Vorstandsmitglieder 8 Uhr.

Vorberichtigung. (18694)

Der

Betriebsobermann

im Kleinbetriebe.

Preis 4.— Mack.

Bestandsbuch

Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Vorwärts-Almanach

für 1921

mit zahlreichen Rupfern- und Bildern.

Preis 4.— Mack.

Bestandsbuch

Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Juventus-Ausverkauf

Tapisse ♦ Gardinen ♦ Bettdecken Möbelstoffe, Tischdecken, Läufer usw.

kommen zu (18728)

bedeutend ermäßigte Preisen

zum Verkauf.

Schwaner & Seeschen

Königstraße 71.

Tapeten-Reste bis zu 16 Rollen zu enorm billigen Preisen.

Nur im Biophon

Nur noch bis einschließlich Donnerstag!

2 große Erstaufführungen!

Der unheimliche Chines.

Die atemraubende amerit. Riesenensation! Noch niemals lief ein Filmwerk vor
auch nur annähernder Spannung über die Leinwand!

Das Geheimnis von Bombay.

Das Abenteuer einer Nacht.

Große Sittentragödie. (18708)

Des großen Andranges wird gebeten,
die Nachmittags-Vorstellungen zu besuchen.

Felicie

aller Arten,
wie Pferde- und Kabschauspieler taucht zu
bekennen Tagespreisen

Jul. Wagner

Farn. 3414 Holstenstr. 8.

13724

Karl Lahritz, Böttcherstr. 16

Pa. ger. fett. Speck Pfd. 14 x

Ger. Mettwurst : 18 x

Frisches Gebäck : 12 x

(18729)

Luisenlust

Morgen Mittwoch

Damen Eintritt frei.

Sonnabend:

Großer Böser-Buben-Ball

mit vielen Überraschungen,

Elefantenreiten und sonstiges anderes.

Neu eingetroffen: Eine Ladung

Isländer Riesen-Fettheringe

Städ. M. 1.25.

Ginnickspapier mitbringen.

18710

Ludw. Hartwig.

Die vorteilhafteste Bezugquelle an der Obertrave.

Der Schrei nach dem Recht

„Die Tragödie von Mechlenburg“

Preis M. 2.50.

Fr. Meyer & Co.

Bestandsbuch Johannisstr. 46.

Der

Betriebsobermann

im Kleinbetriebe.

Preis M. 2.50.

Fr. Meyer & Co.

Bestandsbuch Johannisstr. 46.

Der

Betriebsobermann

im Kleinbetriebe.

Preis M. 2.50.

Fr. Meyer & Co.

Bestandsbuch Johannisstr. 46.

Der

Betriebsobermann

im Kleinbetriebe.

Preis M. 2.50.

Fr. Meyer & Co.

Bestandsbuch Johannisstr. 46.

Der

Betriebsobermann

im Kleinbetriebe.

Preis M. 2.50.

Fr. Meyer & Co.

Bestandsbuch Johannisstr. 46.

Der

Betriebsobermann

im Kleinbetriebe.

Preis M. 2.50.

Fr. Meyer & Co.

Bestandsbuch Johannisstr. 46.

Der

Betriebsobermann

im Kleinbetriebe.

